

Die Stronach-Uni

KOMMENTAR Das Bildungsministerium bestimmt, wer im Unirat sitzt, der in Zukunft auf den Hochschulen alles bestimmt – das ist Brutalität auf akademisch. Habilitierte ohne Professur werden auf das Niveau von Studienassistenten zurückgestuft. Wieso sollten sie die Unireform mittragen? CHRISTIAN FLECK

Die Unis sollen „autonom, eigenverantwortlicher, leistungsstärker und effizienter“ werden, heißt es im Entwurf zum Universitätsgesetz 2002. Im Phrasennebel des „new public management“ fehlt jeder Hinweis darauf, wie die Unis den Marsch in diese schöne neue Welt schaffen sollen. Wahrscheinlich werden sie vorher kollabieren und möglicherweise ist das der geheime Wunsch der Ministerialen.

Die Debatte wird dadurch erschwert, dass die Kritiker des Entwurfs sich auf Nebengleise dirigieren haben lassen. Während die Ausgliederung der medizinischen Fakultäten und die Abschaffung der Mitbestimmung wortreich beklagt werden, hätten die globalen Steuerungsinstrumente und das Personalmanagement mehr Aufmerksamkeit verdient.

Die Universitätsräte, die künftig „Planungs- und Steuerungsaufgaben“ wahrnehmen, schauen aufs Erste wie Aufsichtsräte aus. Das passt in den Zug der Zeit und muss jedem, der Österreich kennt, die Graubirnen aufsteigen lassen. Das Ministerium nominiert zwei der fünf Mitglieder, zwei ernannt die Universität und auf den fünften müssen sich diese vier einigen. Das ist Brutalität auf akademisch. Die bisherige Mitbestimmung sei entbehrlich, heißt es, weil Belegschaftsinteressen künftig von Betriebsräten zu vertreten seien, aber anders als bei der ÖIAG, VA-Tech oder der AUA sitzen in den Uniräten keine Belegschaftsvertreter. Unis à la Stronach, dessen Konzern bekanntlich keine Betriebsräte kennt.

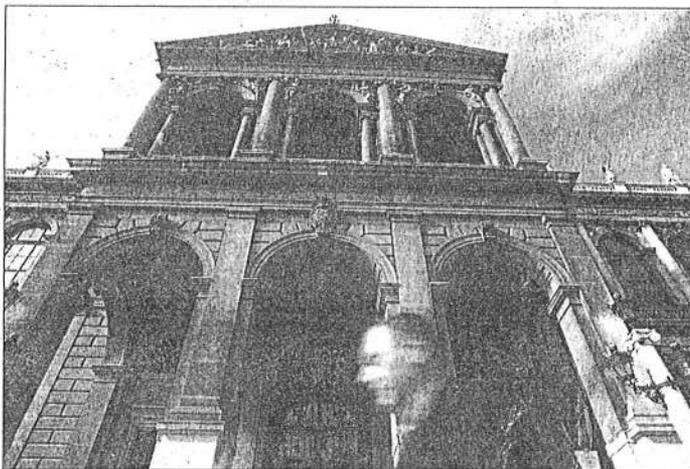
Wer die Unverfrorenheit mitverfolgt hat, mit der diese Regierung in der ehemals verstaatlichten Industrie vorging, kann sich ausmalen, wie die Uniräte zusammengesetzt sein werden. Die Tollpatschigkeit der Unisangehörigen, über die der zuständige Sektionschef so gern Schnurren erzählt, ist Garantie dafür, dass die Regierung hier noch viel leichteres Spiel haben wird.

Da das dem Ministerium immer noch zu wenig ist, werden mit jeder

Uni auch noch „Leistungsvereinbarungen“ geschlossen werden: Nicht einmal in der besten aller möglichen Welten kann das funktionieren. Entweder ist es eine Augenauswischerei (die Uni A forscht auf dem Gebiet X; soundso viele der Studierenden absolvieren einen Auslandsaufenthalt) oder eine Blankovollmacht für die zahlende Seite.

nen Gruppe wissenschaftlicher Mitarbeiter und vielen Professoren mit individuell ausgehandelten Verträgen bestehen. In Ehren ergraute Angehörige des Mittelbaus wird es künftig nicht mehr geben, weil sie entweder eine Professur ergattert haben oder aus der Uni hinauskomplimentiert wurden.

Der Haken an dieser im Prinzip sinnvollen Personalstruktur ist die



Wird die Uni Wien zum Betrieb à la Stronach? Dozenten und Assistenten haben jedenfalls nichts mehr mitzureden, wie die Betriebsräte bei Magna / Foto: H. Corn

Als Reibebaum für Uniangehörige dient die geplante Abschaffung der Mitbestimmung, wobei die Heftigkeit des Widerstands beweist, welche Funktion diese bislang erfüllte: Sie diente der Sozialintegration der Machtunterlegenen, ganz so wie Jubilarsehungen oder vom Betrieb bezahlte Wochenendseminare.

Richtig ist, dass das Unigesetz 2002 diese heilige Kuh dem Schlachter in Zahlung gegeben hat. Während die Ochsen sich darüber freuen, jaulen die Milchkuh und die jungen Kälber haben scheinbar noch nicht realisiert, dass ihnen eine rosige Zukunft versprochen wird. Tatsächlich werden die Universitäten nämlich in ferner Zukunft nur noch aus Studenten, einer gegenüber heute verschwindend klei-

Übergangszeit, in der mit dem jetzigen Personal auszukommen sein wird. Dessen überwiegende Mehrheit wird vom Entwurf in einer unglaublichen Weise degradiert, sieht der Entwurf doch vor, dass von den Studienassistenten bis zu den habilitierten „Mittelbauern“, denen vor einigen Jahren das Privileg eingeräumt wurde, ihre Visitenkarten mit dem Titel „a.o. Univ.-Prof.“ zu versehen, alle zu wissenschaftlichen Mitarbeitern herabgestuft werden, die eigenverantwortlich weder lehren noch forschen dürfen. Die Bereitschaft, irgendeine Reform (mit) zu tragen, wird damit so nachhaltig zerstört, wie sie in der Vergangenheit durch kleine symbolische Zuwendungen geweckt wurde. Nach Verleihung der Visitenkartenprofessuren

herrschte an Österreichs Unis geradezu Aufbruchstimmung. Nun, nach der angekündigten Degradierung dominieren Wut, Lähmung und Katzenjammer.

Die reale Unterschiede ausblendende Ernennung zu Professoren mit unterschiedlichen Präfixen in der jüngsten Vergangenheit macht es für Außenstehende schwer, zu sehen, wer was wirklich ist. Deswegen ist ein wenig Statistik vielleicht hilfreich: Laut Hochschulbericht 2000 arbeiteten 1998 an den zwölf Universitäten 1654 echte Professoren, 2163 Dozenten (a.o. Profs) und weitere 4354 Universitätsassistenten, von denen einige den Titel Assistenzprofessor führen dürfen. Der Entwurf macht die 1654 Professoren zu den alleinigen Repräsentanten universitärer Lehre und Forschung und degradiert die 6517 anderen zu ihren Hilfskräften.

Brachten die früheren Reformen eine Angleichung der Titel, ohne Beseitigung der Machtunterschiede, so zielt die nunmehrige Reform auf eine nachhaltige Verschiebung der Machtbalancen durch Gleichmacherei unterhalb der echten Professoren. Wie eine Reform gegen mehr als drei Viertel der Beschäftigten verwirklicht werden kann, können wohl nur die erklären, die den Entwurf maßgeblich gestalteten: Neben dem langjährigen Sektionschef Sigurd Höllinger, freiberuflicher tit. a.o. Univ.-Prof. für Bildungssoziologie, wirkte Stefan Titscher, der bis zu seinem Eintritt ins Ministerium an der WU ein unscheinbares Dasein als Professor für Soziologie führte. Während ihres Studiums haben die beiden Vorlesungen über Führung und Arbeitsmotivation wohl geschwänzt.

Der einzige denkbare Weg besteht darin, sich wieder einmal am deutschen Nachbarn zu orientieren. Dort wurde unlängst davon gesprochen, dass eben eine Generation von Hochschullehrern „verschrottet“ werden müsse. Konkret kann das nur über Frühpensionierungen älterer Mittelbauangehöriger gehen, was in den Unis zwar Stellen freimachen würde, dem Steuerzahler aber kaum etwas erspart. Zu Weltklasse-Unis kommt man so nicht, wohl aber zu einem Spitzenplatz bei der Vergeudung von Humankapital. □



Foto: Archiv

Christian Fleck ist Dozent am Institut für Soziologie der Universität Graz.

Die Stronach-Uni

KOMMENTAR Das Bildungsministerium bestimmt, wer im Unirat sitzt, der in Zukunft auf den Hochschulen alles bestimmt – das ist Brutalität auf akademisch. Habilitierte ohne Professur werden auf das Niveau von Studienassistenten zurückgestuft. Wieso sollten sie die Unireform mittragen? CHRISTIAN FLECK

Die Unis sollen „autonom, eigenverantwortlicher, leistungstärker und effizienter“ werden, heißt es im Entwurf zum Universitätsgesetz 2002. Im Phrasennebel des „new public management“ fehlt jeder Hinweis darauf, wie die Unis den Marsch in diese schöne neue Welt schaffen sollen. Wahrscheinlich werden sie vorher kollabieren und möglicherweise ist das der geheime Wunsch der Ministerialen.

Die Debatte wird dadurch erschwert, dass die Kritiker des Entwurfs sich auf Nebengleise dirigieren lassen. Während die Ausgliederung der medizinischen Fakultäten und die Abschaffung der Mitbestimmung wortreich beklagt werden, hätten die globalen Steuerungsinstrumente und das Personalmanagement mehr Aufmerksamkeit verdient.

Die Universitätsräte, die künftig „Planungs- und Steuerungsaufgaben“ wahrnehmen, schauen aufs Erste wie Aufsichtsräte aus. Das passt in den Zug der Zeit und muss jedem, der Österreich kennt, die Graubirnen aufsteigen lassen. Das Ministerium nominert zwei der fünf Mitglieder, zwei ernennt die Universität und auf den fünften müssen sich diese vier einigen. Das ist Brutalität auf akademisch. Die bisherige Mitbestimmung sei entbehrlich, heißt es, weil Belegschaftsinteressen künftig von Betriebsräten zu vertreten seien, aber anders als bei der ÖTAG, VA-Tech oder der AUA sitzen in den Uniräten keine Belegschaftsvertreter. Unis à la Stronach, dessen Konzern bekanntlich keine Betriebsräte kennt.

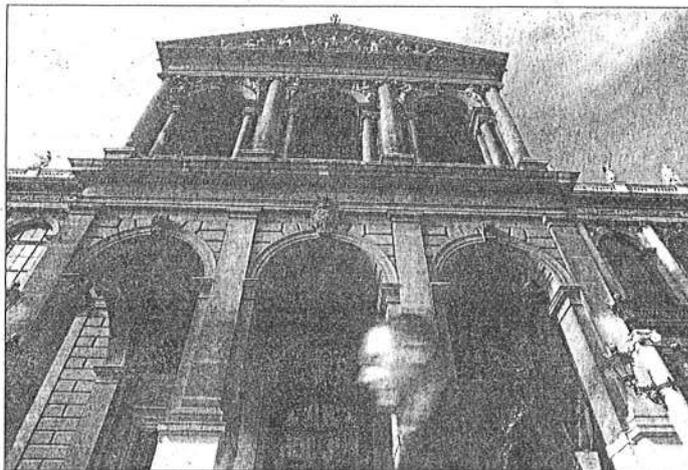
Wer die Unverfrorenheit mitverfolgt hat, mit der diese Regierung in der ehemals verstaatlichten Industrie vorging, kann sich ausmalen, wie die Uniräte zusammengesetzt sein werden. Die Tollpatschigkeit der Unisangehörigen, über die der zuständige Sektionschef so gern Schnurren erzählt, ist Garantie dafür, dass die Regierung hier noch viel leichteres Spiel haben wird.

Da das dem Ministerium immer noch zu wenig ist, werden mit jeder

Uni auch noch „Leistungsvereinbarungen“ geschlossen werden: Nicht einmal in der besten aller möglichen Welten kann das funktionieren. Entweder ist es eine Augenauswischerei (die Uni A forscht auf dem Gebiet X; soundso viele der Studierenden absolvieren einen Auslandsaufenthalt) oder eine Blankovollmacht für die zahlende Seite.

nen Gruppe wissenschaftlicher Mitarbeiter und vielen Professoren mit individuell ausgehandelten Verträgen bestehen. In Ehren ergraute Angehörige des Mittelbaus wird es künftig nicht mehr geben, weil sie entweder eine Professur ergattert haben oder aus der Uni hinauskomplimentiert wurden.

Der Haken an dieser im Prinzip sinnvollen Personalstruktur ist die



Wird die Uni Wien zum Betrieb à la Stronach? Dozenten und Assistenten haben jedenfalls nichts mehr mitzureden, wie die Betriebsräte bei Magna / Foto: H. Corn

Als Reibebaum für Uniangehörige dient die geplante Abschaffung der Mitbestimmung, wobei die Heftigkeit des Widerstands beweist, welche Funktion diese bislang erfüllte: Sie diente der Sozialintegration der Machtunterlegenen, ganz so wie Jubilarsehrungen oder vom Betrieb bezahlte Wochenendseminare.

Richtig ist, dass das Unigesetz 2002 diese heilige Kuh dem Schlachter in Zahlung gegeben hat. Während die Ochsen sich darüber freuen, jaulen die Milchkuhe und die jungen Kälber haben scheinbar noch nicht realisiert, dass ihnen eine rosige Zukunft versprochen wird. Tatsächlich werden die Universitäten nämlich in ferner Zukunft nur noch aus Studenten, einer gegenüber heute verschwindend klei-

Übergangszeit, in der mit dem jetzigen Personal auszukommen sein wird. Dessen überwiegende Mehrheit wird vom Entwurf in einer unglaublichen Weise degradiert, sieht der Entwurf doch vor, dass von den Studienassistenten bis zu den habilitierten „Mittelbauern“, denen vor einigen Jahren das Privileg eingeräumt wurde, ihre Visitenkarten mit dem Titel „a.o. Univ.-Prof.“ zu versehen, alle zu wissenschaftlichen Mitarbeitern herabgestuft werden, die eigenverantwortlich weder lehren noch forschen dürfen. Die Bereitschaft, irgendeine Reform (mit) zu tragen, wird damit so nachhaltig zerstört, wie sie in der Vergangenheit durch kleine symbolische Zuwendungen geweckt wurde. Nach Verleihung der Visitenkartenprofessuren

herrschte an Österreichs Unis geradezu Aufbruchstimmung. Nun, nach der angekündigten Degradierung dominieren Wut, Lähmung und Katzenjammer.

Die reale Unterschiede ausblendende Ernennung zu Professoren mit unterschiedlichen Präfixen in der jüngsten Vergangenheit macht es für Außenstehende schwer, zu sehen, wer was wirklich ist. Deswegen ist ein wenig Statistik vielleicht hilfreich: Laut Hochschulbericht 2000 arbeiteten 1998 an den zwölf Universitäten 1654 echte Professoren, 2163 Dozenten (a.o. Profs) und weitere 4354 Universitätsassistenten, von denen einige den Titel Assistenzprofessor führen dürfen. Der Entwurf macht die 1654 Professoren zu den alleinigen Repräsentanten universitärer Lehre und Forschung und degradiert die 6517 anderen zu ihren Hilfskräften.

Brachten die früheren Reformen eine Angleichung der Titel, ohne Beseitigung der Machtunterschiede, so zielt die nunmehrige Reform auf eine nachhaltige Verschiebung der Machtbalancen durch Gleichmacherei unterhalb der echten Professoren. Wie eine Reform gegen mehr als drei Viertel der Beschäftigten verwirklicht werden kann, können wohl nur die erklären, die den Entwurf maßgeblich gestalteten: Neben dem langjährigen Sektionschef Sigurd Höllinger, freiberuflicher tit. a.o. Univ.-Prof. für Bildungssoziologie, wirkte Stefan Titscher, der bis zu seinem Eintritt ins Ministerium an der WU ein unscheinbares Dasein als Professor für Soziologie führte. Während ihres Studiums haben die beiden Vorlesungen über Führung und Arbeitsmotivation wohl geschwänzt.

Der einzige denkbare Weg besteht darin, sich wieder einmal am deutschen Nachbarn zu orientieren. Dort wurde unlängst davon gesprochen, dass eben eine Generation von Hochschullehrern „verschrottet“ werden müsse. Konkret kann das nur über Frühpensionierungen älterer Mittelbauangehöriger gehen, was in den Unis zwar Stellen freimachen würde, dem Steuerzahler aber kaum etwas erspart. Zu Weltklasse-Unis kommt man

so nicht, wohl aber zu einem Spitzenplatz bei der Vergeudung von Humankapital. □



Foto: Archiv Christian Fleck ist Dozent am Institut für Soziologie der Universität Graz.

ALARMSTUFE ROT!

Diese Regierung ist sozial nicht verträglich!

Deshalb unterzeichnen auch Sie das Sozialstaat-Volksbegehren.

Damit in Zukunft jede (Stadt)Regierung ALLEN Menschen verpflichtet ist.

Unterschreiben auch Sie auf Ihrem Bezirksamt! Eintragungstermin vom 3. bis 10. April 2002.

Mehr Informationen: <http://wien.gruene.at>, www.sozialstaat.at

Bestellen Sie die Sozialbroschüre der Wiener Grünen: E-Mail: dialog@gruene.at Oder schreiben Sie an: Grüne Alt. / native Wien / Lindengasse 70 / 1070 Wien

